

## **Wahlprüfstein für die Kommunalwahl am 14.03.2021**

Dieser geschlechterpolitische Wahlprüfstein wurde im Rahmen eines Projektstudiums von Studierenden an der Universität Marburg erarbeitet.

### **Zum Einstieg würden wir gerne von Ihnen wissen:**

1. Wie stehen Sie zu Gleichstellungspolitik?

Wir Freie Demokraten wollen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Selbstbestimmung heißt für uns, so leben zu können, wie man ist. Ob schwul oder lesbisch, ob hetero- oder bisexuell, ob inter-, transsexuell oder transgender oder anders eingestellt – jeder Mensch soll seinen Lebensentwurf verwirklichen können. Auch sind für uns alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll. Daher wollen wir weltweit Toleranz fördern und der Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher oder sexueller Identität ein Ende setzen. Wir fordern die Ehe für alle und sind gegen Diskriminierungen von Homosexuellen z.B. bei der Blutspende.

### **Jugendpolitik und Freizeitgestaltung**

Im Marburger Jugendbericht 2019 wird angegeben, dass 87% der insgesamt 23 Träger, die Jungen- und Mädchenarbeit anbieten, sich einer hohen Nachfrage dieser Angebote erfreuen. Allerdings befindet sich Jungen- und Mädchenarbeit trotz der hohen Nachfrage nicht unter den TOP 10 der häufigsten Angebote.<sup>1</sup>

2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass es mehr geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit in Marburg gibt?

Jungen und Mädchen haben unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Sie müssen die gleichen Chancen für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe erhalten. Dafür ist es relevant, dass diese Unterschiede in der Kinder- und Jugendarbeit erkannt und durch geschlechterspezifische Angebote für Mädchen und Jungen zum Ausgangspunkt pädagogischen Handelns gemacht werden. Wir haben das Ziel, dass Kinder- und Jugendarbeit, Sozialarbeit und Kinder- und Jugendschutz weiterentwickelt werden.

Daher werden überörtlich wirkende Träger für geschlechtsspezifische und am Gender Mainstreaming orientierte Kinder- und Jugendarbeit gefördert. An diese Förderung knüpfen wir die Erwartung, dass diese Träger Konzepte entwickeln und anbieten, die auf die Entwicklung einer geschlechtersensiblen Kinder- und Jugendarbeit hinwirken.

3. Wie möchten Sie (in Bezug auf Jugendpolitik und Freizeitgestaltung) auf die besonderen Bedürfnisse und die Mehrfachdiskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderung reagieren? Wie möchten Sie geschlechtersensible und inklusive Angebote schaffen?

Marburg ist bereits eine sehr inklusive Stadt. Auf diesem Erfolg sollten wir uns allerdings nicht ausruhen, sondern dies lediglich als Basis für die weitere Entwicklung verstehen. Bei der Sportinfrastruktur gibt es beispielsweise noch Verbesserungspotential. Damit Marburg besser auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingehen und paralympischer Stützpunkt werden kann, müssen die entsprechenden Räumlichkeiten hergestellt werden. Wir fordern daher eine barrierefreie Sporthalle, nicht nur für mobilitätseingeschränkte Menschen, sondern eine, die alle Einschränkungen bedenkt.

## **Care-Arbeit**

Der Gender Care Gap zeigt (laut BMFSFJ), dass Frauen im gesellschaftlichen Durchschnitt täglich 52,4% mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit verwenden als Männer.<sup>2</sup> Dazu gehört die Pflege und Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen. „9 von 10 Alleinerziehenden sind weiblich“, sagt Georg Thiel, Präsident des Statistischen Bundesamtes.<sup>3</sup>

1. In der Corona-Krise wurde die prekäre Lebenssituation von Alleinerziehenden besonders deutlich. Die Kinderbetreuung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Wie wollen Sie alleinerziehende Frauen dahingehend in Zukunft unterstützen?

Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, das Wirrwarr der Zuständigkeiten zu entwirren und die Beantragung und Bewilligung von Unterstützungen zu vereinfachen: Mit einem einheitlichen "Kinderchancengeld" (die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen), für das die Bürger nicht mehr von Amt zu Amt geschickt werden. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten und Familien und Alleinerziehende

dadurch entlasten, dass wir die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen. Wir wollen zusätzlich die steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (insbesondere Pflege- und Betreuungsleistungen) verbessern und damit die Vereinbarkeit von Familien und Beruf erleichtern, die Rolle der privaten Haushalte als Arbeitgeber stärken sowie die Schwarzarbeit bekämpfen.

Im Familienpflegegesetz ist festgelegt, dass Erwerbstätige im Fall eines ihrer Pflege bedürftigen Angehörigen ihre Arbeitszeit für max. 2 Jahre auf 75% reduzieren und anschließend wieder Vollzeit arbeiten können. Dies ist eine Entlastung und ein Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es besteht trotz dessen kein Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit und somit keine Sicherheit für die Erwerbstätigen, in solch einer Situation weiterhin ohne Komplikationen fest im Berufsleben zu stehen.<sup>1</sup>

2. Wie kann die Stadt Marburg z.B. durch Hilfsangebote die Situation von pflegenden Arbeitnehmer\*innen verbessern?

Für uns Freie Demokraten muss sich Pflege an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Daher war es längst überfällig, die Pflegebedürftigkeit nicht mehr allein anhand körperlicher Einschränkungen, sondern auch mittels geistiger und psychischer Aspekte zu beurteilen. Zudem wollen wir die kapitalgedeckte Eigenvorsorge stärken, die beruflichen Bedingungen für Pflegefachkräfte verbessern, Bürokratie abbauen, pflegende Angehörige entlasten und Alternativen zur ambulanten und stationären Pflege fördern.

### **Politische Beteiligung**

In der Legislaturperiode von 2016-2021 sind Frauen in der Marburger Stadtverordnetenversammlung nur zu 36% vertreten.<sup>2</sup> Im Bundestag sind es aktuell sogar nur 30,9 %.<sup>3</sup> In beiden Fällen ist ein Rückgang im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode zu beobachten.

3. Wie wollen Sie mehr Mädchen und Frauen für Politik begeistern?

Wir kämpfen vehement für die Gleichstellung von Mann und Frau und sind darum bestrebt, dass sich dies auch in der parlamentarischen Repräsentanz widerspiegelt. Eine gesetzliche Quote halten wir hingegen für den falschen Weg, da diese das Leistungsprinzip konterkariert. Stattdessen möchten wir positive Anreize setzen und Maßnahmen ergreifen, die die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie verbessern sowie das Profil von Frauen innerhalb der Partei zu stärken.

4. Am 15.07.2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit der Beschlussvorlage VO/4941/2016 einige Maßnahmen, um Eltern besser in die Kommunalpolitik einzubinden.<sup>4</sup> Welche Möglichkeiten sehen Sie, auch Menschen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen der kommunalen Mandatsträger\*innen, sowie Dialog-Veranstaltungen für Bürger\*innen, zu ermöglichen?

Alle Interessierten müssen die Debatten aus dem Parlament verfolgen können. Daher fordern wir konkret, dass es einen Livestream aus der Stadtverordnetenversammlung geben soll und sich die Debatten live oder im Nachgang angeschaut werden können. Auch setzen wir uns dafür ein, eine digitale Teilhabe bei Sitzungen zu ermöglichen. Außerdem muss es einen festen Endpunkt von Sitzungen geben, damit sich insbesondere Eltern darauf einstellen können.

5. Was tut Ihre Partei oder Liste konkret, um mehr Frauen an der Politik zu beteiligen? (z.B. quotierte Liste, Mentoring Programme etc.?)

Wir ermutigen Frauen, sich aus einer intrinsischen Motivation heraus für eine freiheitliche und selbstbestimmte Politik einzustehen und ihre Meinung zu vertreten sowie für das Parlament zu kandidieren. Darüber hinaus gibt es in Kooperation mit der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung ein Empowerment-Mentoring Programm, das sich gezielt an Frauen richtet.

## **Stadtgestaltung**

Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben nicht alle Menschen die gleichen Voraussetzungen – ein Ansatzpunkt kann hierfür die Stadtentwicklung sein. Hier können Angsträume vermieden und sichere Begegnungsorte geschaffen werden, um allen Bürger\*innen ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Im Jahr 2017 gaben 31,8% der Frauen an, sich in ihrer Wohnumgebung nicht sicher zu fühlen, bei Männern waren es nur 10,6%.<sup>5</sup>

6. Planen Sie der LGBTQI\*-szene mehr Rückzugs- und Entfaltungsorte zu bieten? Wenn ja, wie?

Nein, spezielle Rückzugsräume sind nicht geplant. Jeder Mensch muss sich überall frei entfalten können.

7. Wie stellen Sie sicher, dass diese spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen, hinsichtlich der Vermeidung von Angsträumen, bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden – zum Beispiel in neu erschlossenen Wohngebieten, wie aktuell „am Hasenkopf“?

Hier hat die Stadt in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon deutlich dazu gelernt. Aber viel mehr als die neuen Projekte, in denen Angsträume dezidiert vermieden werden, gilt unser Augenmerk den bestehenden Angsträumen. Hier gibt es noch viele Baustellen.

## **Geschlechterspezifische Gewalt**

Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt, der überwiegend Frauen ausgesetzt sind, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Jede dritte Frau in Deutschland erfährt mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexualisierte Gewalt.<sup>6</sup>

8. Das von der EU geförderte Projekt „Marburg ohne Partnergewalt“ kämpft gegen häusliche Gewalt in Marburg. Doch die Unterstützung der EU läuft im September 2021 aus. Würden Sie die Arbeit, die aktuell über das Projekt geleistet wird, fortführen wollen? Wenn ja, wie wollen Sie dafür sorgen, dass das (neue) Projekt weiterhin Ressourcen hat?

Gerade in der Coronakrise hat sich gezeigt, dass das o.g. Problem wieder akuter würde. Der Zweiklang zwischen Prävention und einem starken Frauenhaus muss weiter ausgebaut werden. Die freien Träger dieser Stadt leisten hier wertvolle Arbeit. Der städtische Haushalt bietet hier Spielraum für die Ausschüttung Mitteln für freiwillige Leistungen.

9. In Marburg gibt es einige Hilfs- und Beratungsangebote in Bezug auf geschlechterspezifische Gewalt. Zum Beispiel den Frauennotruf, das Frauenhaus vom Frauen helfen Frauen e.V. oder Wildwasser Marburg. Doch viele Projekte und Vereine dieser Art sind unterfinanziert: Welche Angebote würden Sie finanziell mehr unterstützen? Wie möchten Sie dafür sorgen, dass dauerhaft ausreichend Angebote vorhanden sind?

Eine ausreichende Finanzierung ist die Basis, aber nicht unbedingt das Allheilmittel. Die Angebote müssen auch kommuniziert werden und niederschwellig verfügbar sein. D.h. die Menschen, die es betrifft müssen auch erreicht werden. Deswegen ist eine Vernetzung der verschiedenen Akteure durch die Stadt dringend erforderlich, damit Doppelstrukturen vermieden werden. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Universitätsstadt.

**Zum Schluss noch ein paar Fragen zu Ihrer Person und Partei:**

- Niklas Hannott
- 25
- männlich
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Freie Demokraten
- 5

- Wie viele Menschen kandidieren auf Ihrer Liste? 44
- Wie viele davon sind...
  - Frauen? 15
  - Unter 30? 13
  - Menschen mit Behinderung? Das wissen wir nicht, spielt aber auch keine Rolle.
  - People of Colour? Von den Menschen, die auf unserer Liste kandidieren hat sich niemand die Selbstzuschreibung "Person of Color" gegeben. Mit Sicherheit gäbe es aber Menschen, auf die diese Bezeichnung zutreffen könnte.
  - LGBTQI\*? Mindestens sieben.
- Möchten Sie uns noch etwas anderes über Sie persönlich erzählen?

**Vielen Dank für Ihre Teilnahme! 😊**

***Bitte bis zum 01.03.2021 zurücksenden an :***

**Annette.Henninger@staff.uni-marburg.de**

1      Universitätsstadt Marburg (o.J.): Erwerbsleben.

<https://www.marburg.de/portal/seiten/erwerbsleben-900000415-23001.html?rubrik=900000066>  
(Letzter Zugriff 21.01.2020).

2      Magistrat der Universitätsstadt Marburg (2019): Besetzung der Gremien der  
Universitätsstadt Marburg, S. 3.

3      Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Frauenanteil im deutschen  
Bundestag.

<https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag>  
(Letzter Zugriff 21.01.2021).

4      Neuwohner; Seitz (2016): Vorlage - VO/4941/2016.

<https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=13864#searchword> (Letzter  
Zugriff 21.01.2021).

5      Bundeskriminalamt (2017): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017, V 1.2, S.  
48, Abb. 24.

6      Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020):  
Häusliche Gewalt – Frauen vor Gewalt schützen.

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/haeusliche-gewalt/80642>  
(Letzter Zugriff 21.01.2021).